

Inhaltsübersicht

§ 1. Einleitung und Problemstellung	1
Erster Teil: Öffentliche Gewalt und Wirtschaft im neuen Ordnungsrahmen.....	7
§ 2. Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsordnung als sich wandelnde Koordinaten privater Wirtschaftstätigkeit.....	7
§ 3. Die deutsche Verfassungsordnung angesichts der Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union	65
§ 4. Ordnungsprinzipien deutscher Wirtschaftsverwaltung unter den Bedingungen des Gemeinschaftsrechts	121
Zweiter Teil: Gewaltenteilung und Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung im Europäischen Binnenmarkt	157
§ 5. Mitgliedstaatliches Gewaltenteilungsprinzip und gemeinschaftsspezifische Funktionenordnung	157
§ 6. Die Stellung der Verwaltung in der europäisch integrierten Bundesrepublik	191
§ 7. Mitgliedstaatliches Gesetzmäßigkeitsprinzip und gemeinschafts- rechtliches Rechtmäßigkeitsprinzip	235
Dritter Teil: Die Gestaltungsfreiheit der öffentlichen Verwaltung..	281
§ 8. Wirtschaftsgestaltung in ausgewählten Sektoren.....	281
§ 9. Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit der öffentlichen Verwaltung in Deutschland und Europa	363
§ 10. Zusammenfassung und Ausblick	415
Literaturverzeichnis.....	435
Stichwortverzeichnis.....	463

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
---------------	---

§ 1. Einleitung und Problemstellung	1
---	---

Erster Teil

Öffentliche Gewalt und Wirtschaft im neuen Ordnungsrahmen

§ 2. Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsordnung als sich wandelnde Koordinaten privater Wirtschaftstätigkeit	7
1. Recht und Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland....	10
a) Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsordnung als normative Rahmenordnung privaten Wirtschaftens	10
b) Staatsziele als wirtschaftsverfassungsrechtliche Vorgaben für die Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung	12
aa) Das Sozialstaatsprinzip	12
bb) Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht und Wachstumsvorsorge	15
cc) Freiheitssicherung	16
2. Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft als Ausgleich sozialstaatlicher Verantwortung und individueller Freiheit...	19
a) Die Wirtschaftsfreiheit als Grundlage privatautonomer Wirtschaftens	19
b) Die Wirtschaftsfreiheit als grundrechtliches Schutz- und Ordnungsziel	21
c) Die staatliche Verantwortung für die Wirtschaft	24
3. Die wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes vor dem Hintergrund der gemeinschaftsrechtlichen Systemgarantie	28
a) Wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes und Systemgarantie des Gemeinschaftsrechts	28
aa) Die Rechtslage in Deutschland	28
bb) Die Systemgarantie des Gemeinschaftsrechts	29

(1) Ordnungsprinzipien der europäischen Wirtschaftsverfassung.....	30
(2) Die Gemeinschaftsverfassung als Verfassung einer geordneten Wettbewerbswirtschaft.....	33
(3) Systemgarantie und Funktionsgarantien im Gemeinschaftsrecht.....	36
(4) Fazit	39
b) Der Grundsatz der europäischen Marktfreiheit.....	40
c) Die wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes vor dem Hintergrund der gemeinschaftsrechtlichen Systemgarantie	45
d) Zusammenfassung	48
4. Die europäische Integration als Prozeß notwendiger Homogenisierung mitgliedstaatlicher Wirtschaftsordnungen	50
a) Die begrenzte Leistungsfähigkeit nationalstaatlicher Wirtschaftsordnungsmodelle: Integration als (welt-)wirtschaftliche Notwendigkeit für die Mitgliedstaaten	50
b) Die Europäisierung als Prozeß der Neuordnung von Kompetenzen zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten.....	54
c) Die europäische Integration als Prozeß der Homogenisierung mitgliedstaatlicher Wirtschaftsordnungen durch Angleichung und Annäherung	58
§ 3. Die deutsche Verfassungsordnung angesichts der Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union	65
1. Die Dynamisierung der EG in den achtziger und neunziger Jahren	65
a) Das Europa der zwei Geschwindigkeiten	66
aa) Die Süderweiterung der EG und ihre Auswirkungen auf das Gemeinschaftsrecht	66
(1) Das soziale Gemeinschaftsziel	68
(2) Der Zusammenhang zwischen dem sozialen Gemeinschaftsziel und der Verwirklichung von Wettbewerb	69
(3) Fazit.....	71
bb) Disparitäten zwischen den mitgliedstaatlichen Volkswirtschaften	72
(1) Die Zunahme der Gemeinschaftsverantwortung	73
(2) Die Problemregionen der Gemeinschaft	75
(3) Die Dauerhaftigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Zweiteilung Europas	77

b) Die Expansion der EG-Kompetenzen als Folge divergierender mitgliedstaatlicher Wirtschafts- und Sozialstrukturen.	77
c) Das Verhältnis des Wettbewerbsprinzips zur gemeinschaftlichen Sozialverantwortung im EGV	81
aa) Der Aspekt der Regionalpolitik	81
bb) Die industriepolitische Zuständigkeit der Gemeinschaft	83
d) Folgerungen für die Struktur der Europäischen Union	85
 2. Rechtsmechanismen der Strukturangleichung zwischen dem Gemeinschaftsrecht und den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen	87
a) Rechtsharmonisierung durch Rechtsvereinheitlichung und Rechtsangleichung.	88
b) Unmittelbare Anwendbarkeit und Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts.	90
c) Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung.	92
d) Gemeinschaftsrechtliche Grundsätze im staatlichen Verwaltungsverfahren	93
e) Verzahnung bei der Gewährleistung von Rechtsschutz	94
f) Resümee.	95
 3. Das europarechtlich überlagerte Grundgesetz: Modifikationen der deutschen Verfassungsordnung im Europäischen Binnenmarkt und durch den Vertrag von Maastricht.	97
a) Die Legitimationsbasis der Gemeinschaftsgewalt.	97
b) Kompetenzverluste der Bundesrepublik im Bereich der Gesetzgebung	102
aa) Gemeinschaftsrechtliche Kompetenzen als zweite „Konkurrenzebene“ für die Bundesländer	102
bb) Die bundesstaatliche Ausrichtung der Kompetenzverteilung zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten.	104
cc) Die begrenzten Auswirkungen des Subsidiaritätsprinzips.	105
c) Modifikationen des föderativen Systems durch die Einwirkungen des Gemeinschaftsrechts.	109
d) Das Demokratieprinzip in Deutschland unter den Bedingungen der fortschreitenden Europäischen Integration.	112
e) Die Grundrechte des Grundgesetzes im Prozeß der Europäischen Integration	114
aa) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	114

bb) Konfliktkonstellationen nach der Maastricht-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	116
4. Von der deutschen zur europäischen Wirtschaftsverfassung	118
 § 4. Ordnungsprinzipien deutscher Wirtschaftsverwaltung unter den Bedingungen des Gemeinschaftsrechts	121
1. Der Prozeß wechselseitiger Beeinflussung von mitgliedstaatlichem Recht und Gemeinschaftsrecht als Funktionsbedingung zukünftiger Wirtschaftsverwaltung in Europa	121
2. Die Dichotomie von öffentlich-rechtlicher und privatrechtsförmiger Wirtschaftsverwaltung in Deutschland und das öffentlich-rechtliche Wirtschaftsverwaltungsregime des Gemeinschaftsrechts	124
a) Die rechtliche Ordnung der Wirtschaftsverwaltung in Deutschland	124
aa) Organisationsformen der Wirtschaftsverwaltung in der Bundesrepublik	126
bb) Handlungsformen deutscher Wirtschaftsverwaltung	128
cc) Resümée	130
b) Die Systematik der Wirtschaftsverwaltung im Gemeinschaftsrecht	132
aa) Organisationsformen europäischer Wirtschaftsverwaltung	132
bb) Handlungsformen europäischer Wirtschaftsverwaltung	137
cc) Gemeinschaftsspezifische Bindungen organisatorischer und handlungsformenbezogener Gestaltungsfreiheit der Gemeinschaftsorgane	140
(1) Europäische Privatrechtsordnung?	141
(2) Gemeinschaftsspezifische Grenzen für die Inanspruchnahme privatrechtlicher Organisations- und Handlungsformen	144
(a) Keine „Flucht in das Privatrecht“	145
(b) Aus dem Prinzip begrenzter Einzelermächtigung abzuleitende Grenzen	146
(3) Wahlfreiheit europäischer Wirtschaftsverwaltung?	149
3. Die Ordnung der Wirtschaftsverwaltung in Deutschland unter den Bedingungen des Gemeinschaftsrechts	150
a) Gemeinschaftsrechtliche Grenzen	150
b) Folgerungen für den Grundsatz der Wahlfreiheit im deutschen Recht	153
c) Ausblick	155

Zweiter Teil

Gewaltenteilung und Prinzip der Gesetzmäßigkeit
der Verwaltung im Europäischen Binnenmarkt

§ 5. Mitgliedstaatliches Gewaltenteilungsprinzip und gemeinschaftsspezifische Funktionenordnung	157
1. Das Gewaltenteilungsprinzip als gemeinsameuropäisches Verfassungsprinzip	157
2. Die Offenheit des grundgesetzlich verfaßten Gewalten- teilungsprinzips für strukturelle Veränderungen und europarechtlich bedingte Modifikationen	162
a) Die Ausformung des Gewaltenteilungsprinzips im Grundgesetz ..	162
b) Gewaltenteilung als Gewaltenverantwortung	164
c) Gewaltenteilung und Föderalismus	165
d) Entwicklungstendenzen	167
e) Der neue Art. 23 GG	168
f) Resümée	170
3. Die gemeinschaftsspezifische Funktionenordnung als supranationale Modifikation des Gewaltenteilungsprinzips ..	172
a) Die gemeinschaftsspezifische Funktionenordnung	173
aa) Die Gewaltenbalance zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten	174
bb) Der föderative Ansatz der gemeinschafts- spezifischen Funktionenordnung	175
b) Der Grundsatz des „institutionellen Gleichgewichts“ als Leerformel	177
aa) Rechtsprechungsüberblick	179
bb) Die Überlagerung des Grundsatzes des „institutionellen Gleichgewichts“ durch die mitgliedstaatliche Rückbindung der Gemeinschaft	181
c) Integrationsprinzip und Föderativprinzip als bipolare Elemente der europäischen Funktionenteilung und Zuständigkeitsordnung	183
4. Die Kompetenzverteilung in der Europäischen Union als Ausdruck föderativ geprägter Gewaltenverantwortung ..	186
a) Das Subsidiaritätsprinzip als Ausdruck föderal abgestufter Gewaltenverantwortung	186
b) Die organisationsrechtliche Verankerung des Dualismus von Föderativ- und Integrationsprinzip im Gemeinschaftsrecht	188

§ 6. Die Stellung der Verwaltung in der europäisch integrierten Bundesrepublik	191
1. Gegenwärtige Entwicklungstendenzen	192
2. Die Verwaltung im Grundgesetz	194
a) Die Schwierigkeit einer exakten Konkretisierung von „Verwaltung“	194
b) Verwaltung als Komplementärfunktion zur Gesetzgebung?	195
c) Die Diskussion um die Verwaltung als eigenständige Staatsgewalt	197
aa) Arnold Kötting	198
bb) Hans Peters	199
cc) Ernst Forsthoff	200
dd) Werner Weber	201
3. Die Stellung des parlamentarischen Gesetzgebers und die Geltungskraft des Gesetzes als verfassungsrechtliche Determinanten der „Eigenständigkeit“ der Verwaltung	202
a) Bestandsaufnahme: „Entparlamentarisierung“ des Rechts in der Bundesrepublik?	202
aa) Der Pluralismus gesellschaftlicher Wertvorstellungen	202
bb) Die Bundesrepublik Deutschland als „Verbändestaat“	205
cc) Technizität und Komplexität regelungsbedürftiger Materien	206
dd) Das sog. kooperative Verwaltungshandeln	208
b) Folgen dieser Entwicklung	209
4. Verwaltung und Judikative	211
a) Verfassungsrechtliche Vorgaben	211
b) Entwicklungslinien	213
c) Neue Entwicklungen	215
5. Die Europäische Gemeinschaft als gouvernementeale Verwaltungs- und Politikgemeinschaft	217
a) Der Zusammenhang zwischen mitgliedstaatlicher Rückbindung und gouvernementealer Ausgestaltung der Gemeinschaft	218
b) Der exekutivisch-gouvernementale Charakter gemeinschaftsrechtlicher Normsetzung	220
c) Der Aspekt der Adäquanz von Inhalt und Form	222
d) Die Technizität des Gemeinschaftsrechts	222
6. Die Verwaltungsfunktion im Prozeß der Europäischen Integration	224
a) Strukturelle Angleichungsnotwendigkeiten	225

b) Die europäische Integration als Prozeß der Stärkung der Verwaltung	227
c) Kompetenzverschiebungen vom Parlament zur Regierung als Folge der europäischen Integration	229
7. Resümee	232
§ 7. Mitgliedstaatliches Gesetzmäßigkeitsprinzip und gemeinschaftsrechtliches Rechtmäßigkeitsprinzip	235
1. Das Gesetzmäßigkeitsprinzip im deutschen Recht	235
a) Der Vorrang des Gesetzes	236
b) Der Vorbehalt des Gesetzes	239
aa) Historische Wurzeln	239
bb) Die aktuelle Bedeutung des Grundsatzes	241
cc) Die Wesentlichkeitstheorie des Bundesverfassungsgerichts	242
2. Das gemeinschaftsrechtliche Rechtmäßigkeitsprinzip	244
a) Das Prinzip begrenzter Einzelermächtigung als Grundlage und Grenze gemeinschaftlichen Handelns	246
b) Die gemeinschaftsspezifischen Ausprägungen der Grundsätze des Vorrangs und des Vorbehalts des Gesetzes	249
aa) Der Vorrang des höherrangigen Rechts im Gemeinschaftsrecht	249
bb) Der Vertragsvorbehalt im Gemeinschaftsrecht	251
3. Die Verzahnung von Gemeinschaftsrecht und mitgliedstaatlichem Recht im Hinblick auf den Vorrang des Gemeinschaftsrechts und den gemeinschaftsrechtlichen Vertragsvorbehalt	252
a) Das Rechtsstaatsprinzip als den Integrationsgesetzgeber bindendes Strukturprinzip des Grundgesetzes	254
aa) Die Anforderungen von Art. 79 Abs. 3 GG	255
bb) Bindungen des Integrationsgesetzgebers	256
b) Der Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts als Modifikation des mitgliedstaatlichen Gesetzesvorrangs	258
aa) Anwendungsvorrang und Vorrang des Gesetzes	259
bb) Grenzen des Anwendungsvorrangs	261
cc) Die Unwahrscheinlichkeit von Kollisionsfällen	262
c) Insbesondere der Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts im mitgliedstaatlichen Vollzug	265
aa) Der Verwaltungsvollzug	265
bb) Gerichtlicher Rechtsschutz	267
d) Mitgliedstaatlicher Gesetzesvorbehalt und gemeinschaftsrechtlicher Vorbehalt der vertraglichen Ermächtigung	269

aa) Vertragsvorbehalt und Gesetzesvorbehalt beim direkten Verwaltungsvollzug	272
bb) Der indirekte Verwaltungsvollzug	273
(1) Der unmittelbare indirekte Vollzug	273
(2) Der mittelbare indirekte Vollzug	274
(3) Die Problemfälle der unmittelbaren Wirkung von Richtlinien und der richtlinienkonformen Auslegung	275
4. Folgerungen	276
a) Die Anforderungen des Bestimmtheitsgrundsatzes	276
b) Gesetzesvorbehalt und Amalgamierung von Legislativ- und Exekutivfunktion auf Gemeinschaftsebene	277
c) Die Komplementarität von Gesetzes- und Vertragsvorbehalt	277

Dritter Teil

Die Gestaltungsfreiheit der öffentlichen Verwaltung

§ 8. Wirtschaftsgestaltung in ausgewählten Sektoren	281
1. Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsaufsicht als Wirtschaftsgestaltung	281
a) Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsaufsicht	281
b) Wirtschaftsgestaltung	284
2. Die Reduzierung mitgliedstaatlicher Gestaltungsspielräume aufgrund der Prädominanz des Gemeinschaftsrechts in ausgewählten Sektoren der Wirtschaftsverwaltung	288
a) Die Verschränkungen des nationalen und europäischen Wettbewerbsrechts	288
aa) Das Gemeinschaftsrecht als Schranke mitgliedstaatlicher Gestaltungsfreiheit im Bereich des Wettbewerbsrechts	290
bb) Das Verhältnis des deutschen Wettbewerbsrechts zum europäischen Wettbewerbsrecht	292
(1) Der Vorrang des Gemeinschaftsrechts	292
(2) Anwendbarkeitsgrenze für das mitgliedstaatliche Recht	293
cc) Konfliktkonstellation zwischen mitgliedstaatlichem Recht und Gemeinschaftsrecht	295
(1) Gemeinschaftsrechtlich unzulässige, aber mitgliedstaatlich zulässige Wettbewerbsbeschränkungen	296
(2) Gemeinschaftsrechtlich erlaubte, aber mitgliedstaatlich unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	299
dd) Mitgliedstaatliche Gestaltungsfreiheit im Wettbewerbsrecht vor dem Hintergrund der Vorgaben des Gemeinschaftsrechts	303

(1) Einschränkungen des mitgliedstaatlichen Gesetzgebers	303
(2) Bindungen der mitgliedstaatlichen Wettbewerbsbehörden	307
(a) Fallbeispiel	308
(b) Konsequenzen für mitgliedstaatliche behördliche Entscheidungen	310
ee) Integration durch verfahrensrechtliche Verzahnung	312
b) Die Einschränkungen der subventionsgewährenden Wirtschaftsgestaltungsbefugnis der Mitgliedstaaten durch das Beihilfenaufsichtsregime des Gemeinschaftsrechts	314
aa) Die Direktiven des Gemeinschaftsrechts	316
bb) Die wettbewerbsrechtliche und soziale Dimension der Beihilfenvorschriften	318
cc) Kompetenzverlagerungen	320
c) Telekommunikationsrecht unter den Bedingungen des Binnenmarktes	321
aa) Die Postreform in der Bundesrepublik 1989	323
bb) Die Postreform II	325
cc) Gestaltungs- und Regulierungsbefugnisse der Exekutive nach der Postreform unter den Bedingungen des Gemeinschaftsrechts	327
(1) Die Verleihung nach § 2 FAG	328
(a) § 2 FAG unter den Prämissen des früheren umfassenden Postmonopols	329
(b) Vorgaben für die Ermessensentscheidung nach § 2 FAG unter der Geltung des PostVerfG und nach der Postreform II	330
(aa) Maßstäbe der Ermessensausübung	331
(bb) Präventives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt?	333
(cc) Der wirtschaftsgestaltende Gehalt der Vorschrift	334
(dd) Fazit	335
(ee) Weitere gemeinschaftsrechtliche Bindungen	335
(2) § 1 a Abs. 2 FAG	336
(a) Regelungsinhalt	336
(b) Deregulierung und soziales Staatsziel	338
d) Mitgliedstaatliche Gestaltungsfreiheit im Binnenmarkt für Verkehr, dargestellt am Beispiel des Güterkraftverkehrs	340
aa) Bisherige Rechtslage	340
bb) Die Einwirkungen des Gemeinschaftsrechts	342

cc) Konsequenzen der gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben für die mitgliedstaatliche Verwaltung	345
e) Das deutsche Energiewirtschaftsrecht vor dem Hintergrund des europäischen Binnenmarktes für Energie.....	347
aa) Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben	349
bb) Das deutsche Energiewirtschaftsrecht in einem Europäischen Binnenmarkt für Energie.....	353
(1) Die Preisaufsicht nach dem EnWG vor dem Hintergrund des Gemeinschaftsrechts	353
(a) Der konzeptionelle Hintergrund der Preisaufsicht	354
(b) Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben	354
(c) Insbesondere die Ausrichtung auf die Verwirklichung von Wettbewerb	355
(d) Änderung der Aufsichtsmaßstäbe des deutschen Rechts?	357
(2) Die Investitionskontrolle nach § 4 EnWG und das Gemeinschaftsrecht	358
(a) Die gemeinschaftsrechtliche Zulässigkeit vorgänger Kontrolle unternehmerischer Entscheidungen	359
(b) Wettbewerb als Entscheidungsbefehl der Investitionskontrolle	360
§ 9. Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit der öffentlichen Verwaltung in Deutschland und Europa	363
1. Legislatives Ermessen in Deutschland und Europa	363
a) Das legislative Ermessen in Deutschland unter den Bedingungen des Gemeinschaftsrechts	363
aa) Die Offenheit des Grundgesetzes für gemeinschaftsrechtlich bedingte Anpassungen	364
bb) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	365
cc) Gemeinschaftsrechtlich bedingte Neuakzentuierungen.....	367
dd) Legislativer Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung von Richtlinien	368
b) Legislative Gestaltungsfreiheit im Gemeinschaftsrecht.....	370
aa) Der Rechtsprechungsauftrag des EuGH.....	370
bb) Gemeinschaftsrechtliche Bindungen	371
2. Gestaltungsfreiheit der Verwaltung und gerichtliche Überprüfungsichte in Deutschland und Europa	373
a) Deutschland	373
aa) Die eigenständige Gestaltungsbefugnis der Verwaltung	373

bb) Exekutive Gestaltungsbefugnis und gerichtlicher Rechtsschutz.	374
cc) Entwicklungstendenzen.	375
dd) Neuere Entscheidungen.	379
ee) Fazit.	381
b) Das Gemeinschaftsrecht.	384
c) Strukturelle Übereinstimmungen und Divergenzen zwischen mitgliedstaatlicher und gemeinschaftsrechtlicher exekutiver Gestaltungsfreiheit.	386
aa) „Ermessensmißbrauch“ im Gemeinschaftsrecht.	387
bb) Die Rechtsprechung des EuGH im einzelnen.	388
cc) Leitlinien der Rechtsprechung des EuGH.	390
3. Die deutsche Ermessenslehre vor dem Hintergrund der europäischen Rechtsvereinheitlichung.	391
a) Rechtshomogenisierung als immanente Gesetzlichkeit der europäischen Integration.	394
aa) Kritik.	395
bb) Die Einseitigkeit der Kritik.	396
cc) Das Gebot struktureller Angleichung für die deutsche Lehre vom Verwaltungsermessen und den administrativen Beurteilungsspielräumen.	397
b) Determinanten einer einheitlichen Ermessenslehre in Deutschland und Europa.	399
aa) Verwaltung als eigenständige Staats- und Gemeinschaftsgewalt.	399
bb) Das Verhältnis von Exekutive und Judikative.	401
(1) Die Sicherung originärer Verwaltungsverantwortung.	401
(2) Gerichtsgeprägte Gewaltenteilung?	403
(3) Folgerungen.	404
cc) Die Einräumung von Ermessen und die Anerkennung administrativer Beurteilungsspielräume in Deutschland und Europa.	405
(1) Ermessen.	406
(2) Administrativer Beurteilungs- und Gestaltungsspielräume.	407
(3) Ansätze zur Angleichung administrativer Beurteilungs- und Gestaltungsspielräume in Deutschland.	407
(a) Der Aspekt adäquater Funktionsverteilung.	408
(b) Leitlinien künftiger Überprüfung von Verwaltungsentscheidungen durch die Gerichte.	410

(aa) Höchstpersönlichkeit und Komplexität von Entscheidungen	410
(bb) Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe.....	411
(cc) Angleichung der gerichtlichen Über- prüfung auf Tatbestands- und Rechts- folgenseite.....	411
(dd) Fazit	413
 § 10. Zusammenfassung und Ausblick.....	415
1. Die veränderten Rahmenbedingungen des Gestaltungsauftrages der Verwaltung	415
2. Ausblick.....	432
 Literaturverzeichnis	435
Stichwortverzeichnis.....	463